Der CO?-Preis der EU auf Importe stärkt die Klimapolitik weltweit



Anfang 2026 weitete die EU ihre interne CO?-Bepreisung auf wichtige Produkte aus Drittländern aus: durch den Grenzausgleich "Carbon Border Adjustment Mechanism" (CBAM). Wer CO?-intensive Produkte in die EU liefert, muss Klimazoll zahlen - sofern nicht das eigene Land ein Bepreisungssystem hat. Laut einer Studie könnte dies Handelspartner der EU dazu bringen, ebenfalls CO? zu bepreisen. Kanada, Japan, Taiwan und Südkorea gelten als wahrscheinliche Kandidaten, was 73 Prozent mehr CO?-Ausstoß vermeiden würde, als wenn allein die EU ihre Klimapolitik umsetzt.

Die im Peer-Review-Verfahren von externen Fachleuten geprüfte Arbeit ist bereits auf der Webseite des Journal of the Association of Environmental and Resource Economists (JAERE) einsehbar und wird dort im November 2026 in der Print-Ausgabe veröffentlicht. Die Federführung lag beim Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

"Der CO?-Grenzausgleichsmechanismus soll der Industrie innerhalb der EU helfen, zu dekarbonisieren und dabei wettbewerbsfähig zu bleiben - doch nicht weniger wichtig ist, was außerhalb der EU geschieht", erklärt PIK-Forscher Timothé Beaufils, der Leitautor der Studie. "Wir beobachten bereits, dass andere Länder wie Brasilien oder die Türkei auf den CBAM mit einem eigenen CO?-Preis reagieren. Wir haben einen neuen Ansatz entwickelt, um diesen Politik-Diffusions-Effekt abzuschätzen. Er liefert starke Hinweise darauf, dass der EU Green Deal tatsächlich das Potenzial hat, die Klimapolitik in anderen Ländern zu stärken."

Die Untersuchung stützt sich auf ein eigens entwickeltes ökonomisches Modell, das zwei Forschungsstränge verbindet: die Handelsökonomie und die Spieltheorie. Je nach ihren wirtschaftlichen Interessen entscheiden Handelspartner, ob sie den Klimazoll in die EU-Kasse zahlen - oder einen eigenen CO?-Preis einführen und sich damit einer "Klima-Koalition" anschließen, wie es in der Studie genannt wird. Auf Basis detaillierter Handelssimulationen werden diese Entscheidungen ermittelt. Sie hängen ab vom Niveau des CO?-Preises, der genauen Ausgestaltung des CBAM sowie davon, welche Länder bereits Teil der Koalition sind.

Der über CBAM erhobene CO?-Preis auf Importe gilt aktuell für Stahl, Eisen, Aluminium, Zement, Düngemittel, Elektrizität und Wasserstoff. Um seine Anreizwirkung für internationale Klima-Kooperation auszuleuchten, füttert das Forschungsteam sein Rechentool mit empirischen Daten zu Warenströmen für 56 Wirtschaftssektoren und 43 Länder. Mit Hilfe dieses Zahlenwerks rechnet das Team die EU-Klimapolitik beispielhaft für einen CO?-Preis von 100 Dollar je Tonne durch. Die Modellanalyse offenbart bemerkenswerte Folgewirkungen:

- Ohne Grenzausgleich lässt Europas CO?-Preis die heimischen Emissionen um 505 Millionen Tonnen CO? pro Jahr niedriger ausfallen. Die globalen Emissionen liegen aber nur 305 Millionen Tonnen niedriger, weil andere Länder mehr energieintensive Produkte zuliefern und zudem, wegen Europas Rückzug aus fossilen Energien, von niedrigeren Weltmarktpreisen profitieren. Der EU-Klimaschutz weist daher eine massive Lücke auf, bekannt als "Carbon Leakage", die 40 Prozent des Emissionsrückgangs in Europa zunichtemacht.

- Mit dem Grenzausgleich ist der Carbon-Leakage-Effekt deutlich geringer - nur noch 15 Prozent statt wie zuvor 40 Prozent. Die globalen Emissionen werden nunmehr immerhin um 399 Millionen Tonnen reduziert.
- Mit Politik-Reaktion der Handelspartner liegt die globale Emissionssenkung bei 691 Millionen Tonnen CO? - noch mal 73 Prozent mehr als infolge der EU-Klimapolitik für sich genommen. Vier Länder, nämlich Kanada, Japan, Südkorea und Taiwan, vermeiden die Mehrbelastung durch CBAM durch eigene CO?-Bepreisung, schließen sich also der Klima-Koalition an.

Zusätzliche Modelldurchläufe zeigen, dass Erweiterungen des CO?-Grenzausgleichmechanismus auf andere Sektoren es noch für weitere Länder attraktiv machen könnten, der Klima-Koalition beizutreten, sogar für die USA. Hingegen würde China derzeit nur teilnehmen, wenn der CO?-Preis unter 20 Dollar je Tonne läge. Zwar hängen die exakten quantitativen Ergebnisse der Studie an den jeweiligen Modellannahmen - doch das zentrale Resultat, dass der CBAM der EU die Einführung einer CO?-Bepreisung in anderen Ländern vorantreibt, gilt in einem breiten Spektrum von Modellannahmen.

"Unsere Ergebnisse stützen und quantifizieren die schon länger existierende Hypothese, dass der CBAM der EU einen sogenannten Brüssel-Effekt auslösen könnte", resümiert Leonie Wenz, PIK-Forscherin und eine Co-Autorin der Studie. "Damit ist gemeint: Aufgrund der zentralen Stellung der EU in internationalen Lieferketten zeigen in Brüssel beschlossene Maßnahmen auch Wirkung außerhalb der EU. Mehr Klimaschutz führt zu noch mehr Klimaschutz. Dies kann eine wichtige Rolle bei der Begrenzung des Klimawandels spielen, insbesondere wenn internationale Klimaverhandlungen ins Stocken geraten."

Originalpublikation:

Beaufils, T., Wanner, J., Wenz, L., (im Druck): The Potential of carbon border adjustments to foster climate cooperation. Journal of the Association of Environmental and Resource Economists (JAERE). Erscheint im November 2026. [DOI: 10.1086/742163]
Weblink zum Artikel:
https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1086/742163